

OB Beutel hat nichts dazu gelernt

Stadtwerke verschulden sich maßlos für Kohlekraftwerk

Mainz, 8.5.2009. Einem Bericht der Frankfurter Rundschau (FR) zufolge planen die Stadtwerke Mainz den Kraftwerken Mainz Wiesbaden (KMW) eine Finanzspritze in Höhe von bis zu 100 Millionen Euro zu geben, damit diese das geplante Kohlekraftwerk bauen können. Die Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa) sieht damit nach der Wohnbau die nächste städtische Gesellschaft in Schieflage geraten.

„Während die Stadt kein Geld für Sportstätten hat, Wohnbau-Mitarbeiter ihre Entlassung und Wohnbau-Mieter Mieterhöhungen fürchten müssen, ist SPD & FDP ihr klimaschädliches Prestigeobjekt ‚Kohlekraftwerk‘ scheinbar weiterhin 100 Millionen Euro wert“, empört sich Christoph Wirges, 2. Vorsitzender von KoMa.

Mit Verweis auf das Wohnbau-Desaster warnt Wirges: „Da ist die eine Krise noch nicht ausgestanden und schon wird das nächste Unternehmen Richtung Abgrund getrieben. Wie schon die Wohnbau werden nun auch die Mainzer Stadtwerke in die Schuldenfalle getrieben. Die Angestellten der Stadtwerke sollten durch das Schicksal ihrer Wohnbau-Kollegen gewarnt sein und wissen, wer die Suppe auslöffeln muss, wenn sich die Vorstände / Geschäftsführer im Größenwahn verheben. Es sind (noch) nicht die Vorstände oder Aufsichtsräte, sondern die einfachen Angestellten!“ Dabei wird die Schuldenlast der Stadtwerke ohnehin steigen, da sie, so die Pläne der Stadt, einen Hauptteil der Wohnbau-Lasten übernehmen soll. Nun auch noch 100 Millionen Euro in ein Projekt zu investieren, bei dem viele Experten warnen, dass es nie Gewinne abwerfen wird, wäre höchst fahrlässig.

KoMa hat sich entschieden, über die Vorgänge in Mainz nun die Kommunalaufsicht (ADD) zu informieren. Soweit KoMa unterrichtet ist, schulden die Stadtwerke Mainz der Stadt Mainz noch immer 25 Millionen Euro (nach dem FR-Bericht sind die schon im März von KoMa geäußerten Vermutungen, wo dieses Geld in Wirklichkeit gelandet ist, nun bestätigt). „Die ADD hat der Stadt wegen der Besorgnis erregenden Verschuldung unter anderem auferlegt, die städtischen Einnahmen zu erhöhen. Im Klartext: Steuererhöhung“, erklärt Wirges. „Eine einfache und schnelle Einnahmemöglichkeit wäre, endlich die vereinbarten 25 Millionen Gewinnabführung von den Stadtwerken einzutreiben. Wir wären der Stadt gerne behilflich und würden ihr Adressen von Inkasso-Büros liefern, wenn’s daran hapern sollte. Es ist jedenfalls skandalös, dass die Mainzer Bürger höhere Steuern zahlen sollen, weniger Leistung dafür bekommen, sich die Stadt weiter verschuldet und Wohnbau-Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren, nur damit Oberbürgermeister Beutel seinen Kopf durchsetzen kann und gegen alle Widerstände die zukünftig größte CO2-Schleuder von ganz Rheinland-Pfalz bauen kann.“